
FDP Frankfurt am Main

FEHLENDE NOTFALLSANITÄTERN

28.08.2019

Anlässlich der Berichterstattung des Hessischen Rundfunks über fehlende Notfallsanitäter in Hessen erklärt Yanki PÜRSÜN, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag: „Die Nachricht, dass es in Wiesbaden und Offenbach zu wenige Rettungssanitäter gebe und aus diesem Grund sogar ein Rettungswagen in Offenbach ab September stillgelegt werden soll, hat mich doch sehr überrascht. Noch vor sechs Wochen hatte Sozialminister Klose [auf meine Anfrage zu Rettungsdienstesätzen und Hilfsfristen](#) geantwortet, dass er zu einem möglichen Fachkräftemangel und dessen Einfluss auf Hilfsfristen keine Erkenntnisse habe. Ich komme deshalb nicht umhin, feststellen zu müssen, dass unser Sozialminister offenbar nicht weiß, wie es um den Rettungsdienst in Hessen wirklich bestellt ist.

Auch in der Antwort auf unsere [Anfrage zum Fachkräftemangel und den Arbeitsbedingungen von Notfallsanitätern](#) wurde uns mitgeteilt, dass es keine Daten gebe, die einen Fachkräftemangel bei Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern belegen. Offenbar gibt es eine deutliche Diskrepanz zwischen der Sicht des Sozialministers und der Realität in Hessen.“

Pürsün weiter:

„Offenbach und Wiesbaden sind offensichtlich keine Einzelfälle, denn auch in Frankfurt ist die Lage so prekär, dass „Notfall-Krankentransportwagen“ mit geringer qualifiziertem Personal unterwegs sind, um die Lücke zu füllen. Ermöglicht wird diese Notlösung durch eine Ausnahmegenehmigung, die das Sozialministerium erteilt hat. Nach Angaben des Hessenschau-Berichts setzt sich das Problem bis in die Landkreise von Main-Kinzig und Groß-Gerau fort, ohne dass dies offiziell zugegeben und offen kommuniziert wird.

Wir ziehen daraus den Schluss, dass der offenkundige Mangel an ausgebildeten Rettungssanitätern in Hessen von der Landesregierung in keiner Weise ernst genommen

wird und wahrscheinlich erst auf der Agenda erscheint, wenn hessenweit die Hilfsfristen gerissen werden. Die Einhaltung der Hilfsfristen ist ohnehin seit Jahren auf Kante genäht: nur sieben der Landkreise und kreisfreien Städte haben im Jahr 2018 die 90 Prozent-Marke der vorgeschriebenen Hilfsfrist einhalten können.

Wir Freie Demokraten appellieren an die Landesregierung, gemeinsam mit den Rettungsdiensten eine Lösung zu erarbeiten, um die Ausbildungskapazitäten in den Lehrrettungswachen zu erhöhen.“